



## Niederschrift

Gremium			
<b>Rat</b>			<b>13. Sitzung</b>
Sitzungsort			Sitzungstag
<b>Rathaus, Sitzungssaal, Hauptstraße 20, Marienheide</b>			<b>20.09.2016</b>
Datum der Einladung	Einladungsnachtrag	Sitzungsbeginn	Sitzungsende
<b>12.09.2016</b>		<b>18:00 Uhr</b>	<b>21:50 Uhr</b>

### Anwesend sind:

#### Vorsitzende/r

Meisenberg, Stefan

Bürgermeister

#### Ratsmitglieder CDU

Bringheli, Salvatore

CDU

Fuchs, Timo

CDU

Hettich, Michael

CDU

Hüttenmeister, Monika

CDU

Jaeger, Carsten

CDU

Jaeger, Victoria

CDU

Kemper, Karl-Wilhelm

CDU

Korthaus, Günther

CDU

Schleicher, Reinhard

CDU

Stötzel, Manfred

CDU

#### Ratsmitglieder SPD

Kramer, Harald

SPD

Maurer, Holger

SPD

Meckel, Birgit

SPD

Trifonidis, Gabriele

SPD

Vetter, Anke

SPD

Wottrich, Sven

SPD

#### Ratsmitglieder FDP

Körbel, Emmi

FDP

Rittel, Jürgen

FDP

#### Ratsmitglieder UWG

Abstoß, Christian

UWG

Schellberg, Wolfgang

UWG

Ratsmitglieder GRÜNE

Kirkes, Christel	GRÜNE
Zander-Wörner, Kirsten	GRÜNE

Ratsmitglieder DIE LINKE

Gumprich, Dieter	fraktionslos
------------------	--------------

**Es fehlten entschuldigt:**Ratsmitglieder CDU

Wittke, Matthias	CDU
------------------	-----

Ratsmitglieder SPD

Schramm, Markus	SPD
-----------------	-----

Ratsmitglieder UWG

Türkmen, Mehmet	UWG
-----------------	-----

**von der Verwaltung;**

Dreiner, Christoph  
 Garn, Thomas  
 Krüger, Monika  
 Müller, Volker  
 Schorde, Susanne  
 Woywod, Simon

---

Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung. Er stellt fest, dass der Rat ordnungsgemäß und fristgemäß eingeladen worden und beschlussfähig ist. Hiergegen werden keine Einwendungen erhoben.

Er weist auf die ergänzenden drei Tischvorlagen zu TOP 2 bis 7 (Anträge der UWG-Fraktion vom 13.09.2016, Stellungnahme Die Linke/Hr. Gumprich vom 17.09.2016, Stellungnahme Rechtsanwaltskanzlei Lenz u. Johlen vom 20.09.2016) hin.

Des Weiteren auf die vierte Tischvorlage über die verwaltungsseitige Beantwortung zu TOP 16.1.

Vor Eintritt in die Tagesordnung geht Bürgermeister Meisenberg wie folgt auf die Anträge der UWG-Fraktion vom 13.09.2016 ein:

1. Die Anträge werden gemäß. § 15 der Geschäftsordnung des Rates der Gemeinde Marienheide (GeschO) als Anträge zu den Tagesordnungspunkten 2 bis 7 gewertet und in der heutigen Sitzung entsprechend behandelt.

*Dieser Vorgehensweise wird von den Anwesenden zugestimmt.*

2. Gemäß § 17 Abs. 1 GeschO erfolgt die Abstimmung im Regelfall durch Handzeichen. Auf Antrag von einem Fünftel der Mitglieder des Rates erfolgt gemäß § 17 Abs. 3 eine namentliche Abstimmung. Dies wäre bei entsprechenden Tagesordnungspunkten explizit zu beantragen.

*Dieser Vorgehensweise wird von den Anwesenden zugestimmt.*

3. Der Antrag bezieht sich auf keinen Tagesordnungspunkt der heutigen Sitzung und ist daher nach § 16 GeschO als allgemeiner Antrag zu bewerten. Gemäß Abs. 1 Satz 2 ist ein solcher Antrag vom Bürgermeister auf die Tagesordnung zu nehmen, wenn er am 9. Tag vor dem Sitzungstag (der Sitzungstag wird mitgerechnet) bis mittags beim Bürgermeister vorliegt. Dies wäre im vorliegenden Fall Montag, der 12.09.2016 um 12.00 Uhr gewesen. Das Schreiben der UWG ist am 13.09.2016 um 14.22 Uhr per Mail eingegangen und somit kann dieser Antrag nicht als Antrag gem. § 16 GeschO in die Tagesordnung der heutigen Ratssitzung aufgenommen werden. Bei Angelegenheiten, die keinen Aufschub dulden oder die von äußerster Dringlichkeit sind kann die Tagesordnung gemäß § 11 Abs. 2 GeschO durch Ratsbeschluss erweitert werden.

*Die Fraktionsvorsitzenden haben zu diesem Punkt keinen Redebedarf. RM Abstoß akzeptiert die Entscheidung, hält die Angelegenheit aber für wichtig.*

4. Die Aufforderung kann nicht als Frage gemäß § 19 GeschO gewertet werden, da sie gemäß Abs. 2 verspätet eingegangen ist. Es besteht allerdings die Möglichkeit die Aufforderung/Frage gemäß § 19 Abs. 4 GeschO unter dem Tagesordnungspunkt 18 – Mitteilungen und Verschiedenes zu stellen.

*Dieser Vorgehensweise wird von den Anwesenden zugestimmt.*

5. Die zweigeteilte Anfrage kann nicht als Frage gemäß § 19 GeschO gewertet werden, da sie gemäß Abs. 2 verspätet eingegangen ist. Es besteht allerdings die Möglichkeit die Aufforderung/Frage gemäß § 19 Abs. 4 GeschO unter dem Tagesordnungspunkt 18 – Mitteilungen und Verschiedenes zu stellen.

*Dieser Vorgehensweise wird von den Anwesenden zugestimmt.*

## **Öffentliche Sitzung:**

<b>1</b>	<b>Einwohnerfragen gem. § 20 der Geschäftsordnung</b>	
----------	---	--

Zur Einwohnerfragestunde stellen drei Marienheider Bürger ihre Fragen.

### 1. Birgit Schala-Thormann

Sie fragt, warum es der Eiligkeit bedarf, die Änderung des Bebauungsplanes so schnell vor Abschluss des Integrierten Handlungskonzeptes zu beschließen und verweist auch auf den OVZ Bericht vom 02.10.2015.

Bürgermeister Meisenberg erläutert ihr, dass man bei längerem Abwarten wertvolle Zeit im Bauleitverfahren verlieren würde. Auch die voraussichtliche Bauzeitlänge sei heute schon zu berücksichtigen sowie eine Schließung von REWE Ende 2018.

Sie fragt nach, ob es vor einigen Jahren REWE und LIDL Anträge hinsichtlich Erweiterungswünschen gegeben habe.

Bürgermeister Meisenberg teilt mit, dass REWE selbst keinen Antrag gestellt habe, aber ein Investor. Über einen LIDL Antrag hat der Rat einen entsprechenden Beschluss gefasst, wobei LIDL aber später die Entscheidung zur Umsiedlung nach Rodt getroffen habe.

### 2. Thomas Rosenthal

Er teilt mit, dass sich seine erste Frage bereits durch die Ausführungen zur Frage seiner Vorrednerin erledigt habe.

Seine zweite Frage bezieht sich auf die Auswirkungen auf die Förderhöhe, wenn der Bahnhofsbereich aus dem Integrierten Handlungskonzept ausgeklammert würde.

Bürgermeister Meisenberg erläutert, dass dieser Punkt in dem nachfolgenden Tagesordnungspunkt angesprochen wird. Wenn Hr. Rosenthal danach noch Rückfragen habe, wird Bürgermeister Meisenberg ihm noch einmal ein Rederecht einräumen.

Mit dieser Vorgehensweise ist Hr. Rosenthal einverstanden.

### 3. Helmut Gebcke

Er regt an, dass die Eingaben im Internet bei Facebook u.a., auch durch anwesende Ratsmitglieder, gezielte Verleumdungen seien und der Bürgermeister vor Eintritt in die weitere Tagesordnung hiergegen angehen solle.

Bürgermeister Meisenberg fragt nach, was seine konkrete Frage sei, ob es um die dortigen Diffamierungen ginge. Dies bejaht Hr. Gebcke und bittet ihn, hierzu etwas zu sagen.

Bürgermeister Meisenberg führt aus, dass sich seiner Kenntnis entziehe, wer dort was postet.

<b>2</b>	<b>Antrag der SPD-Fraktion vom 10.09.2016; Antrag zur BV/086/16, Zurückstellung der Entscheidung über die Aufstellung eines Bebauungsplans zur Änderung des BP Nr. 25 "Ortskern Marienheide"</b>	Drucksache Nr. <b>AT/099/16</b>
----------	--	------------------------------------

Bürgermeister Meisenberg berichtet vor Behandlung des Antrages der SPD-Fraktion

von den kürzlich erfolgten Gesprächen mit der zuständigen Bezirksregierung Köln.

Das dortige Dezernat zeigt sich derzeit sehr irritiert über die Diskussionen in Marienheide. Die zuständige Aufsichtsbehörde habe Bürgermeister Meisenberg zugesichert, dass die Aufstellung eines Bebauungsplanes keinerlei Auswirkungen auf die Förderung im Integrierten Handlungskonzept haben wird. Der Vorgehensweise der Verwaltung wird dort ausdrücklich zugestimmt. Eine schriftliche Bestätigung liegt der Verwaltung allerdings nicht vor.

Er weist aber ausdrücklich darauf hin, dass entgegen seiner früheren Erklärungen, durchaus auch die Bahnhofstraße zum Integrierten Handlungskonzept gehöre. Damit sind auch die Fragen von Hr. Rosenthal aus der Einwohnerfrage beantwortet. Es erfolgt keine Nachfrage durch Hr. Rosenthal.

Er erteilt Ratsmitglied Vetter das Wort.

RM Vetter erläutert den vorliegenden Antrag der SPD-Fraktion. Die Fraktion habe sich hinsichtlich der Art eines Verbrauchermarktes nicht festgelegt, man sehe aber im Moment nicht die Eile für eine festlegende Entscheidung. Sie möchte erst zum Jahresende diesbezüglich eine Entscheidung treffen.

Bürgermeister Meisenberg spricht den engen Terminplan bei der Bezirksregierung im IHK an, d.h. dass bereits kurz vor der Landtagswahl im Mai 2017 eine Entscheidung über die Städtebauförderung 2017 getroffen wird.

Somit muss in diesem Jahr auf jeden Fall noch eine Entscheidung in Marienheide getroffen werden.

Er informiert den Rat, dass er bereits 2 Sondersitzungen zu diesem Thema geplant habe.

Das IHK wird bei folgenden Sitzungen beraten:

- |        |   |
|--------|---|
| 16.11. | Bau-, Planungs- und Umweltausschuss                 |
| 07.12. | Bau-, Planungs- und Umweltausschuss (Sondersitzung) |
| 14.12  | Rat (Sondersitzung)                                 |

Im April 2017 sei frühestens mit einer Genehmigung der Fördermittel zu rechnen.

Die Bezirksregierung habe vorgeschlagen, für den Ortskern einen Städtebaulichen Wettbewerb durchzuführen, welcher auch förderfähig sei. Das Ergebnis dieses Wettbewerbes würde bei einer Bürgerkonferenz vorgestellt.

Auch der Landesbetrieb-Straßenbau habe bereits signalisiert, Kosteneinsparungen bei den Unterhaltungsmaßnahmen an der Leppestraße und der B 256 der Gemeinde Marienheide zugutekommen zu lassen. Dies könnte zur Finanzierung eines Kreisverkehrs im Zentrum, einer Linksabbiegespur aus der Bahnhofstraße sowie eines weiteren Kreiserkehrs Leppestraße/Scharder Straße verwendet werden.

RM Maurer erläutert nochmals den vorliegenden Antrag und bittet ihn als Hinweis und nicht als Drohung zu betrachten.

Die Fraktionen geben nacheinander ihr Meinungsbild ab und es wird rege und ausführlich diskutiert.

Verwaltungsseitig wird nochmals ausdrücklich darauf hingewiesen, dass zahlreiche Gespräche zwischen Eigentümern, Grundstückbesitzer, REWE usw. erfolgt seien. Des Weiteren wurden ausführlich ganze „Fragekataloge“ für Ratsmitglieder/Fraktionen beantwortet und bittet nun um Abstimmung.

Die SPD-Fraktion ändert vor Abstimmung ihren Antrag wie folgt ab:

Der Rat stellt die Entscheidung über die Aufstellung eines Bebauungsplanes zur Änderung des Bebauungsplanes Nr. 25 „Ortskern Marienheide“ zurück, bis er über das in Bearbeitung befindliche Integrierte Handlungskonzept (IHK) förmlich beschlossen hat.

RM Jaeger stellt im Namen der CDU-Fraktion Antrag auf geheime Abstimmung und Bürgermeister Meisenberg verliest nochmals den geänderten Antrag.

Als Wahlhelfer fungieren die beiden stellv. Bürgermeister Fuchs und Wottrich. Der Rat wird in alphabetischer Reihenfolge zur Wahl aufgerufen.

Nach Auszählung durch die beiden Wahlhelfer ergibt sich folgendes Ergebnis:

<b>Beschluss:</b>	Abstimmungsergebnis: 8 Ja-Stimmen, 16 Nein-Stimmen
Der Rat stellt die Entscheidung über die Aufstellung eines Bebauungsplanes zur Änderung des Bebauungsplanes Nr. 25 „Ortskern Marienheide“ zurück, bis er über das in Bearbeitung befindliche Integrierte Handlungskonzept (IHK) förmlich beschlossen hat.	

<b>3</b>	<b>Antrag der SPD-Fraktion vom 11.09.2016; Hilfsantrag für den Fall, dass dem Antrag auf Zurückstellung der Entscheidung über einen Aufstellungsbeschluss nicht entsprochen werden sollte, Beschluss des Aufstellungsbeschlusses zur Änderung des BP Nr. 25 "Ortskern Marienheide"</b>	Drucksache Nr. <b>AT/100/16</b>
----------	--	------------------------------------

RM Maurer erläutert kurz den Hilfsantrag und die Fraktionen geben ihr Meinungsbild ab.

Nach einer kurzen Diskussion liest Bürgermeister Meisenberg den SPD Antrag vor und bittet um Abstimmung.

<b>Beschluss:</b>	Abstimmungsergebnis: 8 Ja-Stimmen, 15 Nein-Stimmen, 1 Enthaltung
Der Rat beschließt die Aufstellung eines vorhabenbezogenen Bebauungsplanes zur Änderung des Bebauungsplanes Nr. 25 „Ortskern Marienheide“.	

<b>4</b>	<b>Antrag auf Änderung des Bebauungsplans Nr. 25 "Ortskern Marienheide" für den Bau eines Verbrauchermarktes mit 2250 qm Verkaufsfläche</b>	Drucksache Nr. <b>BV/086/16</b>
----------	---	------------------------------------

Bürgermeister Meisenberg erläutert kurz und regt an, eine Kostenübernahmeverpflichtung in den Beschlussvorschlag aufzunehmen.  
Die Ratsfraktionen geben ihr Meinungsbild ab und erklären sich mit der Aufnahme der Kostenübernahmeverpflichtung einverstanden.

<sup>1</sup>Die UWG-Fraktion beantragt zusammen mit der SPD-Fraktion namentliche Abstimmung.

Die CDU-Fraktion beantragt geheime Abstimmung.

Bürgermeister Meisenberg verliest den abgeänderten Beschlussvorschlag.

Die beiden stellv. Bürgermeister Fuchs und Wottrich stellen erneut die Wahlhelfer.

Der Rat wird in alphabetischer Reihenfolge zur Wahl aufgerufen.

Nach Auszählung durch die beiden Wahlhelfer ergibt sich folgendes Ergebnis:

<b>Beschluss:</b>	Abstimmungsergebnis: 17 Ja-Stimmen, 5 Nein-Stimmen, 2 Enthaltungen
<p>Es wird beschlossen, wie im Sachverhalt dargestellt, einen Aufstellungsbeschluss für die Änderung des Flächennutzungsplans sowie für die Änderung des Bebauungsplans Nr. 25 „Ortskern Marienheide“ zu fassen. Ziel der Bauleitplanungen ist die Errichtung eines Verbrauchermarktes mit einer max. zulässigen Verkaufsfläche von 2.250 m<sup>2</sup>. Der Geltungsbereich der Bauleitplanungen geht aus der Anlagenkarte hervor. Die Kosten der Bauleitplanung sind vom Antragsteller zu übernehmen.</p>	

<b>5</b>	<b>Anträge zur innerörtlichen Einzelhandelsverdichtung</b>	Drucksache Nr. <b>BV/090/16</b> <b>/1</b>
----------	--	---

Bürgermeister Meisenberg erläutert kurz und bittet um Abgabe der Fraktionsmeinungen.

RM Schellberg stellt einen Antrag der Geschäftsordnung und bittet um Aufruf der Fraktionen nach der Reihenfolge des Wahlergebnisses.

Auf Nachfrage der CDU-Fraktion und nach Erläuterung durch den Bürgermeister erklärt Hr. Lichtiginghagen, nachdem ihm das Wort erteilt wurde, dass die von ihm mit der Mail vom 24.08.2016 versandte Planungsalternative „Vollsortimenter-Discounter-Lösung für die Bahnhofstraße“ eine Ideenskizze sei, aber keinen Antrag darstelle.

<sup>1</sup> geändert durch Ratsbeschluss vom 22.11.2016

Nach Abfrage des Meinungsbildes bittet Bürgermeister Meisenberg um Abstimmung der Beschlussvorschläge, wie bereits im Bau-, Planungs- und Umweltausschuss.

Die UWG-Fraktion beantragt zusammen mit der SPD-Fraktion namentliche Abstimmung zu Antrag 2.

Die CDU-Fraktion beantragt daraufhin geheime Abstimmung.

Bürgermeister Meisenberg verliert den Beschlussvorschlag zu Antrag 2.

Die beiden stellv. Bürgermeister Fuchs und Wottrich stellen erneut die Wahlhelfer.

Der Rat wird in alphabethischer Reihenfolge zur Wahl aufgerufen.

Nach Auszählung durch die beiden Wahlhelfer ergibt sich folgendes Ergebnis, siehe Kasten.

Zum Antrag 3 schlägt Bürgermeister Meisenberg eine offene Abstimmung vor, welcher vom übrigen Rat zugestimmt wird.

Bürgermeister Meisenberg verliert den Beschlussvorschlag zu Antrag 3.

Abstimmungsergebnis siehe Kasten.

<b>Beschluss:</b>	Abstimmungsergebnis: <b>zu Antrag 2: 13 Ja-Stimmen, 11 Nein-Stimmen (geheime Abstimmung)</b> <b>zu Antrag 3: 24 Ja-Stimmen (offene Abstimmung)</b>
<p><b>zu Antrag 2</b>          Es wird beschlossen -wie im Sachverhalt dargestellt- einen Aufstellungsbeschluss für die Änderung des Bebauungsplans Nr. 25 "Ortskern Marienheide" im Bereich der Bahnhofstraße auf der sog. „Kälberweide“ mit dem Ziel einer Einzelhandelsansiedlung zu fassen.</p> <p><b>zu Antrag 3</b>          Der Aufstellungsbeschluss zur Bebauungsplanänderung Nr. 25 "Ortskern Marienheide" für den Eckbereich „Bahnhofstraße/Zur Alten Post“ wird -wie im Sachverhalt dargestellt- bis zur Vorlage eines schlüssigen Planungskonzeptes zurückgestellt.</p>	

<b>6</b>	<b>Antrag der SPD-Fraktion vom 11.09.2016; Antrag zur BV/089/16+1; Zurückstellung der Entscheidung über die Aufstellung des Bebauungsplans für die Änderung des BP Nr. 47 "B256/Martin-Luther-Straße"</b>	Drucksache Nr. <b>AT/101/16</b>
----------	---	------------------------------------

RM Maurer erläutert kurz den vorliegenden Antrag und bittet auch hier den Beschlussvorschlag entsprechend abzuändern.  
Die Fraktionen geben ihr Meinungsbild ab.

RM Jaeger stellt im Namen der CDU-Fraktion Antrag auf geheime Abstimmung und Bürgermeister Meisenberg verliert den geänderten Antrag.

Als Wahlhelfer fungieren die beiden stellv. Bürgermeister Fuchs und Wottrich.  
Der Rat wird in alphabetischer Reihenfolge zur Wahl aufgerufen.

Nach Auszählung durch die beiden Wahlhelfer ergibt sich folgendes Ergebnis:

<b>Beschluss:</b>	Abstimmungsergebnis: 9 Ja-Stimmen, 13 Nein-Stimmen, 2 Enthaltungen
Der Rat stellt die Entscheidung über die Aufstellung eines Bebauungsplans für die Änderung des Bebauungsplans Nr. 47 „B256/Martin-Luther-Straße“ zurück, bis er über das in Bearbeitung befindliche Integrierte Handlungskonzept (IHK) förmlich beschlossen hat.	

<b>7</b>	<b>Antrag auf Änderung des Bebauungsplans Nr. 47 „B 256 / Martin-Luther-Straße“ zur Ansiedlung eines DM-Drogeriemarktes</b>	Drucksache Nr. <b>BV/089/16</b> /1
----------	---	--

RM Jaeger stellt im Namen der CDU-Fraktion Antrag auf geheime Abstimmung und Bürgermeister Meisenberg verliert den Beschlussvorschlag.

Als Wahlhelfer fungieren die beiden stellv. Bürgermeister Fuchs und Wottrich.  
Der Rat wird in alphabetischer Reihenfolge zur Wahl aufgerufen.

Nach Auszählung durch die beiden Wahlhelfer ergibt sich folgendes Ergebnis:

<b>Beschluss:</b>	Abstimmungsergebnis: 15 Ja-Stimmen, 8 Nein-Stimmen, 1 Enthaltung
Es wird beschlossen – wie im Sachverhalt dargestellt – einen Aufstellungsbeschluss für die Änderung des Bebauungsplans Nr. 47 „B 256/Martin-Luther-Straße“ mit dem Ziel einen Drogeriefachmarkt anzusiedeln nicht zu fassen.	

<b>8</b>	<b>2. Satzung über die Einbeziehung von Außenbereichsflächen zur Festlegung des im Zusammenhang bebauten Ortsteil Kempershöhe gem. § 34 Abs. 4 Nr. 3 BauGB</b> <b>a) Ergebnis der Beteiligungsverfahrens gem. § 34 Abs. 6 i.V. mit § 13 Abs. 2 Nr.2 u. 3 BauGB</b> <b>b) Satzungsbeschluss</b>	Drucksache Nr. <b>BV/081/16</b>
----------	--	------------------------------------

Die Abstimmung erfolgt für a) und b) getrennt.

<b>Beschluss:</b>	Abstimmungsergebnis: a) Einstimmig b) 16 Ja-Stimmen, 5 Nein-Stimmen, 3 Enthaltungen
<p>a) Über die vorgetragenen Anregungen, die während der Beteiligungsverfahren gem. § 34 Abs. 6 in Verbindung mit § 13 Abs. 2 Nr. 2 und 3 BauGB wird wie in der beigefügten Liste dargelegt beschlossen.</p> <p>b) Die 2. Satzung über die Einbeziehung von Außenbereichsflächen zur Festlegung des im Zusammenhang bebauten Ortsteils Kempershöhe gem. § 34 Abs. 4 Nr. 3 des BauGB wird in Verbindung mit § 7 GONW in den zur Zeit geltenden Fassungen als Satzung beschlossen.</p>	

<b>9</b>	<b>Aufhebung des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes Nr. 1 "Marienheide Oberwette";</b> <b>a) Ergebnis der Beteiligungsverfahren gem. § 13 Abs. 2 Nr. 2 u. 3 BauGB</b> <b>b) Satzungsbeschluss</b>	Drucksache Nr. <b>BV/078/16</b>
----------	--	------------------------------------

<b>Beschluss:</b>	Abstimmungsergebnis: einstimmig
<p>a) Über die Stellungnahme, die während der Beteiligungsverfahren gem. § 13 Abs. 2 u. 3 BauGB vorgetragen wurde, wird wie in der beigefügten Auflistung dargelegt, beraten und beschlossen.</p> <p>b) Die Aufhebung des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes Nr. 1 „Marienheide Oberwette“ wird gem. § 10 Abs. 1 BauGB in Verbindung mit § 7 GO NW (GV NRW S. 666 / SGV. NRW 2023) in den zurzeit gültigen Fassungen als Satzung beschlossen. Eine Begründung ist beigefügt.</p>	

<b>10</b>	<b>Aufhebung des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes Nr. 4 "Standortsicherung Fa. L &amp; S Havariegüter GmbH &amp; Co. KG"</b> <b>a) Ergebnis der Beteiligungsverfahren gem. § 13 Abs. 2 Nr. 2 u. 3 BauGB</b> <b>b) Satzungsbeschluss</b>	Drucksache Nr. <b>BV/077/16</b>
-----------	--	------------------------------------

<b>Beschluss:</b>	Abstimmungsergebnis: einstimmig
<p>a) Über die Stellungnahmen, die während der Beteiligungsverfahren gem. § 13 Abs. 2 u. 3 BauGB vorgetragen wurden, wird wie in der beigefügten Auflistung dargelegt, beraten und beschlossen.</p> <p>b) Die Aufhebung des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes Nr. 4 „Standortsicherung Fa. L &amp; S Havariegüter GmbH &amp; Co KG“ wird gem. § 10 Abs. 1 BauGB in Verbindung mit § 7 GO NW (GV NRW S. 666 / SGV. NRW 2023) in den zur Zeit gültigen Fassungen als Satzung beschlossen. Eine Begründung ist beigefügt.</p>	

<b>11</b>	<b>Aufhebung des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes Nr.6 "Fa. F.u.G. Linden, Dannenberg"</b> <b>a) Ergebnis der Beteiligungsverfahren gem. § 13 Abs. 2 Nr. 2 u. 3 BauGB</b> <b>b) Satzungsbeschluss</b>	Drucksache Nr. <b>BV/079/16</b>
-----------	--	------------------------------------

<b>Beschluss:</b>	Abstimmungsergebnis: einstimmig
<p>a) Über die Stellungnahme, die während der Beteiligungsverfahren gem. § 13 Abs. 2 BauGB vorgetragen wurde, wird wie in der beigefügten Auflistung dargelegt, beraten und beschlossen.</p> <p>b) Die Aufhebung des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes Nr. 6 „Fa. F. u. G. Linden, Dannenberg“ wird gem. § 10 Abs. 1 BauGB in Verbindung mit § 7 GO NW (GV NRW S. 666 / SGV. NRW 2023) in den zur Zeit gültigen Fassungen als Satzung beschlossen. Eine Begründung ist beigefügt.</p>	

<b>12</b>	<b>Haushaltsplan 2017, Einbringung des Haushaltsplanentwurfs</b>	
-----------	--	--

Kämmerer Woywod stellt den Haushaltsplan 2017 vor (wird der Niederschrift nach-

geheftet).

<b>13</b>	<b>Verteilung der Gewinnausschüttung der Kreissparkasse Köln für das Geschäftsjahr 2015</b>	Drucksache Nr. <b>BV/073/16</b> <b>/1</b>
-----------	---	---

Zu diesem TOP erklären sich Bürgermeister Meisenberg sowie der stellv. Bürgermeister Wottrich als befangen und verlassen den Ratstisch. Der stellv. Bürgermeister Fuchs übernimmt stellvertretend die Sitzungsleitung und verliert den Sachverhalt sowie den Beschlussvorschlag.

RM Kramer fragt nach, ob die Mietkosten für das Mobiliar bei Veranstaltungen der Schule aufgrund dieser Bezuschussung zukünftig entfallen. Dies verneint Hr. Meisenberg als Bürgermeister. RM Kramer teilt daraufhin mit, dass er bei der Verteilung für das Mobiliar der Jahnhalle widersprechen wird und beantragt die getrennte Abstimmung.

RM Fuchs lässt über diesen Antrag abstimmen.

Die getrennte Abstimmung wird mit 8 Ja-Stimmen, 15 Nein-Stimmen sowie 1 Enthaltung abgelehnt.

Mit einer Verteilung zugunsten der Mitgliedschaft in der Naturarena erklärt RM Kramer sich aber ausdrücklich einverstanden.

<b>Beschluss:</b>	Abstimmungsergebnis: 15 Ja-Stimmen, 6 Nein-Stimmen, 1 Enthaltung
<p>Der Rat beschließt die Verteilung des Betrags in Höhe von 45.045,41 Euro wie folgt:</p> <p><i>10.000 € für die Mobiliarerweiterung/-erneuerung in der Jahnhalle durch die Schützenvereine Marienheide und Gimborn</i></p> <p><i>10.000 € für die Mitgliedschaft in der Naturarena Bergisches Land e.V. (2017-2021)</i></p> <p><i>25.045,41 € für die „600 Jahr-Feier“ im Jahr 2017</i></p>	

<b>14</b>	<b>Mitgliedschaft der Gemeinde Marienheide im Naturarena Bergisches Land e. V.</b>	Drucksache Nr. <b>BV/087/16</b>
-----------	--	------------------------------------

<b>Beschluss:</b>	Abstimmungsergebnis: einstimmig, eine Enthaltung
<p>Die Gemeinde Marienheide tritt ab 01.Januar 2017 dem Naturarena Bergisches Land e. V. bei.</p>	

Die notwendigen Haushaltsmittel von je 2.000 €/Jahr werden für die nächsten fünf Jahre (2017 – 2021) aus der Gewinnausschüttung der Kreissparkasse Köln für das Jahr 2015 refinanziert.

<b>15</b>	<b>Anträge</b>	
-----------	----------------	--

<b>15.1</b>	<b>Antrag B`90/Grünen vom 03.09.2016 - Beauftragung zur Einholung einer Auflistung der Verkehrsunfälle/Personenschäden von KFZ auf der K18 sowie Prüfung/ Einrichtung eines Überholverbotes und einer Geschwindigkeitsbegrenzung auf der K 18</b>	Drucksache Nr. <b>AT/096/16</b>
-------------	---	------------------------------------

RM Kirkes erläutert kurz und verwaltungsseitig werden noch ergänzende Ausführungen gegeben.

RM Vetter sieht es als sinnvoll an, wenn für das gesamte Gemeindegebiet eine Auflistung der Verkehrsunfälle erstellt würde.

Bürgermeister Meisenberg bittet um Abstimmung des Antrages der Bündnis 90/Die Grünen-Fraktion.

<b>Beschluss:</b>	Abstimmungsergebnis: 21 Ja-Stimmen, 3 Enthaltungen
<p>Die Verwaltung wird beauftragt, beim Straßenverkehrsamt des Oberbergischen Kreises eine Auflistung der Verkehrsunfälle und der Personenschäden mit Beteiligung von KFZ auf der K 18 auf Gemeindegebiet anzufordern.</p> <p>Sie wird außerdem gebeten, ein Überholverbot und eine Geschwindigkeitsbegrenzung auf die Kreisstraße K 18 auf den Gefahrenbereichen zwischen Kempershöhe und dem Ortseingang Marienheide prüfen und einrichten zu lassen.</p>	

<b>15.2</b>	<b>Antrag der UWG-Fraktion vom 06.09.2016; Vertretungsregelung für die Ausschüsse</b>	Drucksache Nr. <b>AT/097/16</b>
-------------	---	------------------------------------

RM Schellberg erläutert kurz den vorliegenden Antrag.

Bürgermeister Meisenberg erklärt, dass sich die Ratsmitglieder bei der konstituierenden Sitzung zur Besetzung der Ausschüsse auf einen einheitlichen Wahlvorschlag geeinigt und einen einstimmigen Beschluss gefasst haben.

Es müsste nun ein neuer einheitlicher Wahlvorschlag von allen Fraktionen für alle Ausschüsse vorliegen oder alternativ, nur für die UWG eine Reihenfolge-Änderung beantragt werden.

RM Schellberg würde heute für die UWG-Fraktion eine Änderung für die Stellvertreterregelung beantragen.

RM Jaeger möchte heute für die CDU-Fraktion einen Ergänzungsantrag stellen, um in der dortigen Stellvertreterregelung auch Änderungen vorzunehmen.

Die SPD-Fraktion erklärt sich nur mit einer Änderung für die UWG-Fraktion einverstanden und lehnt den Änderungsantrag der CDU-Fraktion ab.

Die CDU-Fraktion erklärt sich mit der Änderung nur für die UWG-Fraktion nicht einverstanden.

Somit ist ein einheitlicher Wahlvorschlag heute nicht zustande gekommen und der Antrag der UWG bleibt ohne Beschluss.

<b>16</b>	<b>Anfragen</b>	
-----------	-----------------	--

<b>16.1</b>	<b>Anfrage der UWG-Fraktion vom 06.09.2016; Verstöße und Maßnahmen betr. Brauchtumsfeier</b>	Drucksache Nr. <b>AN/098/16</b>
-------------	--	------------------------------------

Verwaltungsseitig wird nochmals darauf hingewiesen, dass keine konkreten und belegbare Missstände bekannt seien.

RM Schellberg spricht ihm bekannte Umweltsünden an. Die Verwaltung kennt keine eindeutigen Missstände, die in der Vergangenheit für ein Ordnungswidrigkeitenverfahren hätten verwertet werden können.

Verwaltungsseitig wird gebeten, umgehend konkrete, dokumentierte und bezugte Beweise einzureichen, damit verwaltungsseitig diese Missstände geahndet werden können.

<b>17</b>	<b>Ausgeführte Ratsbeschlüsse seit der letzten Ratssitzung am 28.06.2016</b>	Drucksache Nr. <b>IV/076/16</b>
-----------	--	------------------------------------

Der Rat nimmt die Vorlage zur Kenntnis.

<b>18</b>	<b>Mitteilungen und Verschiedenes</b>	
-----------	---------------------------------------	--

Bürgermeister Meisenberg spricht auch im Hinblick auf die Ausführungen von Hr.

Gebcke in der Einwohnerfragestunde das unerträgliche Niveau der derzeitigen Ratsarbeit an.

Die Diffamierungen untereinander und gegen seine Person, ob öffentlich, im Internet, in der Presse oder auch schriftlich, seien unerträglich.

Zu Punkt 4 des Antrages der UWG-Fraktion vom 13.09.2016 spricht er die Unterstellung im letzten Absatz an und fragt RM Abstoß, welche persönlichen Beweggründe des Bürgermeisters gemeint seien.

RM Abstoß möchte heute nur in nicht-öffentlicher Sitzung oder schriftlich dazu Stellung nehmen.

Aufgrund dieser Haltung wird Bürgermeister Meisenberg an dieser Stelle keine weiteren Ausführungen machen.

Zu Punkt 5 des UWG-Antrages führt Bürgermeister Meisenberg aus, dass diese Fragen ausführlich unter TOP 7.3, Fragen zum IHK bei der Ratssitzung am 28.06.2016 beantwortet worden seien.

Er wird hierzu keine weiteren Ausführungen machen.

RM Maurer fragt nach Sitzungsanlagen, welche nicht alle im Ratsinformationssystem einsehbar seien. Die Frage wurde in der Sitzung geklärt (und im Anschluss noch per Email beantwortet).

RM Meckel spricht ihre Anfrage aus der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses vom 06.09. an und bedankt sich bei der Verwaltung für die schnelle Umsetzung ihrer Anregung in Form des Strauch-/Baumrückschnitts bei den Hinweisschildern im Kreuzungsbereich Stülinghausen/Brucher.

Vorsitzender:

Schriftführerin:

gez.  
Stefan Meisenberg  
Bürgermeister

gez.  
Susanne Schorde